

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/222

17. November 1972

Verantwortung für das Ganze

Der Bundeskanzler spricht zu den Wählern
Von Willy Brandt
Bundeskanzler und Vorsitzender der SPD
Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Bundesbank sorgte für Klarheit

Hinweise zum Thema "künstlich erzeugter Nachfrageüberhang"
Seite 3 / 46 Zeilen

Und von der CDU wieder nichts neues!

Innenpolitik-"Programm" ebenso ungenügend wie
alles andere
Von Heinz Ruhnau
Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg
Seite 4 und 5 / 72 Zeilen

Fakten in Sachen Bierpreiserhöhung

Zwischenbilanz der Kartellamts-Prüfungen
Seite 6 / 33 Zeilen

Bundespost: Das größte Unternehmen Europas

Künftig noch wirtschaftlicher, flexibler und
kundennäher
Von Dr. Lauritz Lauritzen
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
Seite 7 und 8 / 84 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Nachgewiesen: Rainer C. Barzels Unwahrheiten
Seite 9 bis 11 / 112 Zeilen

- * Wir schließen heute den zwanglosen Abdruck
- * einer Serie "Rückblick und Ausblick" ab, in
- * der die sozialdemokratischen Bundesminister
- * über ihre Tätigkeit und ihre Arbeitspläne
- * berichteten.

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telefax: 688 648 / 688 647/
688 648 FPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Verantwortung für das Ganze

Der Bundeskanzler spricht zu den Wählern

Von Willy Brandt

Bundeskanzler und Vorsitzender der SPD

Einer der intensivsten Bundestagswahlkämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik steht vor seinem Ende. Er hat nicht nur die Kräfte derer in Anspruch genommen, die sich um Vertrauen bewarben. Er hat auch denjenigen viel zugemutet, die sich am Sonntag entscheiden sollen.

Sicher war nicht alles in den vergangenen Wochen ebenso erfreulich wie die Tatsache, daß die Wählerinnen und Wähler in unserem Land wohl noch nie zuvor ein derartig waches Interesse und ein so hohes Bemühen um Information bewiesen haben, wenn in den Wahlveranstaltungen um ihre Zustimmung geworben wurde.

Die Opposition hat sich übernommen, und sie hat am aufgeklärten Wähler vorbeigesprochen. Ihren Versuch, mündigen Frauen und Männern einzureden, die Bundesrepublik sei ein von Krisen geschütteltes Land, betrachte ich als gescheitert. Die Tatsachen sprechen zu deutlich eine andere Sprache. Information und Argumentation waren gewichtiger als Angstpropaganda und Schreckgespenster.

Die CDU - insbesondere aber die CSU - haben auch da versucht, sich gegenüber den Koalitionspartnern zu profilieren, wo sie in ihrer Mehrheit insgeheim die Politik dieser Regierung

längst als richtig erkannt haben. Das Verschweigen dieser Einsicht mag im Wahlkampf verständlich sein. Verantwortungsbewußtes Handeln aber wird mit anderer Elle gemessen.

Nicht über alles, was in der Schlußphase des Wahlkampfes an Gemeinheiten und an finanziellen Großeinsatz zutage getreten ist, wird einfach zur Tagesordnung übergegangen werden können. Trotzdem müssen bald, nachdem die Wähler klare Verhältnisse geschaffen haben, ruhige und sachliche Gespräche zwischen Regierung und Opposition geführt werden.

Die Verantwortung, die beide Seiten in unserem Staat für das Ganze zu tragen haben, muß das politische Handeln entscheidend bestimmen. Die Unionsparteien daran zu erinnern, ist auch deshalb wichtig, weil schon am Mittwoch - drei Tage nach der Wahl - in Helsinki die Vorkonferenz zur "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" beginnt, deren Ergebnis die künftige Entwicklung der Entspannungspolitik wesentlich bestimmen wird. Für die Bundesregierung wäre es leichter, die Interessen unseres Landes dort und bei anderen Gelegenheiten - so bei den Ende Januar beginnenden Gesprächen über Möglichkeiten eines beiderseitigen Truppenabbaus - wirksam zu vertreten, wenn unzweifelhaft klargemacht wird, daß alle Parteien im Bundestag bereit sind, ihren Beitrag zur Entspannung zu leisten.

Parteiinteressen dürfen die gemeinsamen Anliegen nicht ins Zwielicht geraten lassen. Regierung und Opposition werden in den nächsten vier Jahren in jedem Einzelfall prüfen müssen, welche Mittel jeweils erforderlich sind, um das Bestmögliche durchzusetzen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Staates würden zu Recht kein Verständnis dafür aufbringen können, wenn Opposition weiterhin als sture Negation mißverstanden würde.

An meiner Bereitschaft, Brücken der Sachlichkeit zu schlagen, soll es nicht fehlen. Die SPD wird die Aufgaben, die ihr die Wähler zuweisen, in vollem Bewußtsein ihrer staatspolitischen Verantwortung wahrnehmen.

(-/17.11.1972/bgj/ee)

Bundesbank sorgte für Klarheit

Hinweise zum Thema "künstlich erzeugter Nachfrageüberhang"

Der Hauptgeschäftsführer des formell neutralen und objektiven Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT), Paul Broicher, hat noch knapp vor den Wahlen eindeutig Stellung zugunsten der Opposition bezogen. Er hat Vorwürfe wegen angeblich stabilitätswidrigen Verhaltens gegen den Staat und die Gewerkschaften gerichtet, obwohl er es zumindest nach dem Bericht der Bundesbank für November 1972, der auch ihm bereits vorlag, besser wissen mußte.

Die Bundesbank hat in ihrem Bericht auf das stabilitätsbewußte Verhalten des Bundes hingewiesen, zugleich aber das demgegenüber weniger stabilitätsbewußte Verhalten der Länder und Gemeinden, der "Gebietskörperschaften", kritisiert. In ihrer monetären Analyse offenbart die Bundesbank zudem das noch weniger stabilitätsbewußte Verhalten jener inländischen Unternehmen und Privatpersonen, die die Einsparungen der öffentlichen Haushalte, und hier wieder vorwiegend des Bundes, durch erhöhte Kreditaufnahme und damit verstärkte Nachfrage auf dem Markt um ein Mehrfaches überkompensiert haben.

Im Wahlkampf wurde von der Opposition die Zuwachsrate des Bundeshaushaltes, die nach dem Willen der Bundesregierung Brandt/Scheel die Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes nicht überschreiten sollte, als inflationsbezogen und damit inflationsfördernd kritisiert. Die Bundesbank aber berichtet, daß Geld und "quasi Geld" (also Bargeldvolumen und Termingelder) in den Händen der Unternehmen und Privaten allein im dritten Vierteljahr 1972, saisonbereinigt und auf Jahresrate umgerechnet, um 16,2 vH. angewachsen sind; vom Juni bis August sogar um 27,1 vH. Das war das mehrfache der Zuwachsrate des Sozialproduktes. Die Bundesbank schlußfolgert daraus: "Weiterhin erschwert freilich der in der Periode der hohen Devisenzufüsse viel zu groß geratene monetäre Spielraum die Wiedergewinnung der Stabilität".

Zwar waren im September rund 900 Millionen DM in das Ausland abgeflossen und hatten so den Nettoforderungssaldo der Banken und der Bundesbank gegenüber dem Ausland vermindert. Aber noch im Juli und August waren aus dem Ausland 4,1 Milliarden DM zugeflossen. Im September wurden dafür im erhöhten Umfang Kredite bei inländischen Kreditinstituten und der Bundesbank aufgenommen, insgesamt 10,5 Milliarden DM, von denen nur 0,9 Milliarden an den öffentlichen Sektor gingen. Umgekehrt haben sich die Guthaben der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank im September um 2,3 Milliarden DM erhöht.

Dieses Mißverhältnis zwischen öffentlicher Sparsamkeit und Kreditaufnahme der privaten Wirtschaft kennzeichnet am besten die mangelnde Berechtigung der Vorwürfe der organisierten Wirtschaft und ihrer Institutionen, wie z.B. des DIHT und seines Institutes "Finanzen und Steuern". Sie betätigen sich als Wahlhilfe für CDU und CSU: nach dem alten Prinzip des "Haltet den Dieb".

Rudi Dux
(-/17.11.1972/ks/ed)

Und von der CDU wieder nichts neues !

Innenpolitik-"Programm" ebenso ungenügend wie alles andere

Von Heinz Ruhnau

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Der "Schatteninnenminister" der CDU, Dr. Alfred Dregger, hat bei der Verkündung von Schwerpunkten der Innenpolitik einer von der "Unions"-Parteien geführten Bundesregierung ein Programm dargeboten, das fast zur Gänze entweder bei den Sozialdemokraten abgeschrieben ist oder durch die Bundesregierung bzw. in der Länderinnenministerkonferenz schon gesagt worden war.

Bei Dregger heißt es beispielsweise: "Das Bundeskriminalamt muß vordringlich durch personelle Umorganisation in die Lage versetzt werden, die nach dem geltenden Recht obliegenden Aufgaben voll zu erfüllen". Dies klingt besonders unglaubwürdig, weil die Partei Dreggers für das Bundeskriminalamt gar nichts getan hat, solange sie den Bundesinnenminister stellte. Im übrigen zeigt der CDU-Politiker, daß er nicht von großer Sachkenntnis erfüllt ist, denn das, was er fordert, ist bereits in der Entwicklung. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Dr. Dregger erst einmal prüfen will, ob das Bundeskriminalamt auch Aufgaben bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität wahrnehmen soll. Eigentlich hätte er wissen müssen, daß auch zu diesem Punkt ein bereits mit den Ländern abgestimmter Gesetzentwurf vorliegt.

Ebenso sieht es mit Dr. Dreggers Vorschlägen zum Bundesgrenzschutz und auch mit seiner Forderung aus, einen Musterentwurf für ein Polizeigesetz zu machen. All diese Probleme sind durch die Länderinnenminister schon angepackt worden.

Interessant ist aber auch, was in der Dregger-Verkündung nicht zu finden ist: Kein Wort über Wirtschaftskriminalität ! Da hört die Begeisterung für Recht und Ordnung wohl jetzt schon vor bestimmten Gruppen auf. Wir alle wissen aber, daß es nicht nur

darauf ankommt, Unterweltkriminalität zu bekämpfen, sondern auch die Kriminalität der Oberwelt.

Wir wissen also jetzt, daß eine von den "Unions"-Parteien geführte Regierung nichts neues unternehmen will:

Kein Wort über ein Gesetz, das die Verherrlichung der Gewalt unter Strafe stellt.

Kein Wort über die gesellschaftlichen Ursachen der Kriminalität.

Kein Wort über eine vernünftige Ausländerkonzeption.

Kein Wort über Resozialisierung.

Dort, wo es um konkrete Sachfragen geht, ist das ganze ungenügend. Aber wir wissen nun, was wir von der CDU zu erwarten haben - nämlich nichts. Die naassforschten Behauptungen: "Eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung wird alle ausländischen Vereinigungen im Bundesgebiet verbieten, die die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ansehen, ohne Rücksicht auf Nationalität und politische Motivation der Gruppen", erweisen sich bei näherem Hinsehen doch als nicht haltbar.

Die von den Sozialdemokraten geführte Bundesregierung hat, wie jedermann weiß, entschieden gehandelt. Ein großer Teil der heute bestehenden ausländischen Vereinigungen gab es schon zu einem Zeitpunkt, als der Bundesinnenminister noch Dr. Ernst Benda hieß. Er gehörte wie Dr. Dregger zur CDU, und die hat nichts getan. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, daß ein zur CDU gehörender Landesminister weitere Verbote als die der beiden palästinensischen Organisationen gefordert hat. Ich fordere deshalb Dr. Dregger auf, konkret darzulegen, bei welchen weiteren Organisationen die Rechtsgründe für ein Verbot ausreichen. Bisher jedenfalls haben die Länder dafür Material nicht liefern können. Wenn aber solche Gründe nicht vorliegen, dann sollten CDU und CSU aufhören, immer wieder die Märchen aus 100% Nacht aufzutischen. Statt aufgeregtem Geschrei und der Verbreitung von Hysterie und Panik sollten sie etwas konkretes anbieten.

Uns ist es ernst damit, den Bürger vor Gewalt zu schützen. Dieses Recht soll er gesichert wissen. Er sollte sich deshalb auch denen anvertrauen, die durch ihre Leistungen gezeigt haben, daß sie zum Handeln bereit sind.

Fakten in Sachen Bierpreiserhöhung

Zwischenbilanz der Kartellamts-Prüfungen

Nach Auffassung von Wettbewerbsexperten waren die bisherigen Ermittlungen des Bundeskartellamtes gegen Brauereien in Nordrhein-Westfalen in verschiedener Beziehung aufschlußreich. Anlaß zu den Ermittlungen bildete bekanntlich das Preisgespräch jener Brauereien, das in der Erkenntnis gipfelte, daß die Abgabepreise der Brauereien sukzessive bis zum 19. November 1972 zu erhöhen seien.

Der erste Aufschluß der Berliner Ermittlungen ist: Würde das deutsche Kartellrecht wie das der EWG ein Verbot "abgestimmter Verhaltensweisen" kennen, so wäre ein Verstoß der Brauereien eindeutig zu bejahen. Das bedeutet, daß die Brauereien der nächsten sozialliberalen Bundesregierung unfreiwillig weiteres Material geliefert haben, um insoweit das Wettbewerbsrecht im Interesse des Verbrauchers zu verschärfen.

Über diese Zukunftsaussichten hinaus ist jedoch mit zeitlich näherliegenden Konsequenzen zu rechnen: Nach der jüngsten Spruchpraxis des Bundeskartellamtes erscheint es aussichtsreich, daß allein das bisherige Ergebnis der Ermittlungen genügt, um einen Indizienbeweis für einen Verstoß gegen das geltende deutsche Kartellverbot (Paragraph 1 GWB) zu führen. Mit dieser Aussicht werden sich die Berliner Wettbewerbshüter freilich nicht begnügen: Dem Vernehmen nach laufen die Ermittlungen weiter. An der Bierpreisfront zeigt sich eine erste erfreuliche Wirkung der Aktion des Bundeskartellamtes: Die Dortmunder Thier-Brauerei hat ihre bereits schriftlich angekündigte Bierpreiserhöhung wieder rückgängig gemacht.

Wie man weiß, ist in Sachen dieser preistreibenden Wahlhilfe der Unternehmer gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auch die Landeskartellbehörde Nordrhein-Westfalen tätig geworden. Ihr oblag es, gegen einen rheinischen Verband zu ermitteln, der den ihm angeschlossenen Gastwirten empfohlen hatte, die Preiserhöhungen noch vor der Wahl an den Verbraucher weiterzugeben. Hierzu meinen die Wettbewerbsexperten, daß der Verstoß gegen das Empfehlungsverbot des Kartellgesetzes (Paragraph 38 Abs. 2 S. 2 GWB) schon eindeutig erwiesen ist.

(-/17.11.1972/bgy/ex)

- + +

Bundespost: Das größte Unternehmen Europas

Künftig noch wirtschaftlicher, flexibler und kundennäher

Von Dr. Lauritz Lauritzen

Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Wer von der Deutschen Bundespost spricht, sollte, um die Größenordnung richtig einzuschätzen, von folgenden Daten ausgehen: 528.300 Beschäftigte, werktäglich 33 Millionen beförderte Briefsendungen und eine Million Pakete, jährlich 12 Milliarden Orts- und Ferngespräche; mit 70.000 Kraftfahrzeugen größter Fuhrpark Europas; 1972 ein Investitionsvolumen von 8,9 Milliarden DM (davon 5,6 Milliarden für Fernmeldeanlagen); 1969 eine Bilanzsumme von 25,6 Milliarden DM, 1971 bereits 36,6 Milliarden DM; die künftigen Steigerungsraten werden ebenfalls beträchtlich sein.

Es liegt auf der Hand, daß ein Unternehmen dieser Größenordnung nicht nach althergebrachten Grundsätzen geführt werden sollte. Bundeskanzler Willy Brandt hatte in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 darauf hingewiesen, daß die Bundespost, wenn man ihr eine größere Eigenständigkeit einräumt, ihre Aufgaben für unsere Gesellschaft weitaus besser erfüllen könne. Der Kanzler hatte die Absicht der Bundesregierung angekündigt, der Bundespost aus diesen Gründen eine neue Rechtsform zu geben.

Mit den Vorarbeiten dazu ist nach Antritt der Regierung Brandt/Scheel unverzüglich begonnen worden. Ziel des Gesetzentwurfs der Bundesregierung war es, die Bundespost von einer Verwaltung im herkömmlichen Sinn zu einem öffentlichen Dienstleistungsunternehmen umzugestalten. Da die Beratungen darüber im 6. Deutschen Bundestag nicht abgeschlossen werden konnten, wird der Komplex nach dem 19. November erneut auf der Tagesordnung stehen.

Unabhängig von dieser Grundsatzfrage sind in den letzten drei Jahren die Absichten sozialdemokratischer Politik auch im Bereich der Deutschen Bundespost sichtbar geworden. Einige Fakten mögen dies verdeutlichen.

In zwei Vereinbarungen mit dem Postministerium der DDR - (29. April 1970 und 30. September 1971) - konnten wesentliche Verbesserungen im Post- und Fernmeldeverkehr zwischen den beiden Staaten in Deutschland ausgehandelt werden. Erstmals wurde der seit 1952 unterbrochene Fernsprecheverkehr zwischen den beiden Teilen Berlins wieder aufgenommen. Die Zahl der Fernsprecheleitungen zwischen dem Bundesgebiet und Westberlin einerseits und der DDR und Ostberlin andererseits wurde von 34 auf inzwischen 383 erhöht. Und dies wird keineswegs der Endstand sein. Wo man noch 1969 vier bis fünfzehn Stunden auf ein Gespräch zur DDR warten mußte, genügt heute meistens fünf bis zehn Minuten. Von Januar 1971 bis zum

August 1972 sind allein von Westberlin nach Ostberlin 2,7 Millionen Telefongespräche geführt worden. Die Laufzeiten im Paket-, Päckchen- und im Briefverkehr zwischen beiden Staaten wurden verringert. Der Telegrammverkehr wurde beschleunigt. Bis zum 31. Dezember 1974 soll der Fernsprechverkehr vollautomatisiert werden. Der Selbstwählferrndienst von Westberlin mit einem Teil der DDR wurde bereits eröffnet. Im Geschenkpaketverkehr wurde das Höchstgewicht von sieben auf 20 kg heraufgesetzt. Rechtzeitig vor den Olympischen Spielen wurde eine farb-tüchtige Richtfunkverbindung zwischen beiden Teilen Deutschlands zur Übertragung von Fernsehsendungen in Betrieb genommen.

Diese kleine Aufzählung mag genügen, um zu verdeutlichen, daß die Bemühungen der Bundesregierung, den Verkehr zwischen den beiden Staaten in Deutschland zu normalisieren, auch im Bereich des Post- und Fernmeldewesens erfolgreich gewesen sind. Menschliche Erleichterungen sind nicht beschworen; sondern endlich verwirklicht worden.

In den drei Jahren sozialdemokratischer Führung der Bundespost sind weitere wichtige Vorhaben entweder eingeleitet oder realisiert worden. Einige wenige sollen hier wenigstens andeutungsweise erwähnt werden:

1/ Durch eine erhebliche Steigerung der Fernmeldeinvestitionen konnte die Zahl der Fernsprechanschlüsse von 1969 bis 1972 fast um die Hälfte erhöht werden.

2/ Seit Juni 1972 ist der Inlandsfernsprechverkehr voll automatisiert. Mit zehn weiteren europäischen und außereuropäischen Ländern, darunter die USA, Kanada, Japan, Israel und, als erstes Ostblockland, Ungarn, wurde der Selbstwählferrndienst aufgenommen.

3/ Der Anstieg der postalischen Verkehrsleistungen hat sich seit 1968 fast verdreifacht, der Personalzugang dagegen nicht einmal verdoppelt. Durch Rationalisierungsmaßnahmen wurden im Bereich der Bundespost von 1969 bis 1971 etwa 14.000 Arbeitsplätze eingespart.

4/ Es sollte in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen werden, daß die Deutsche Bundespost einer der größten öffentlichen Auftraggeber der deutschen Wirtschaft ist. 1969 wurden der Post für Lieferungen und Leistungen 4,8 Milliarden DM in Rechnung gestellt, 1970 waren es 6,1 Milliarden DM, 1971 schon 7,7 Milliarden und am Ende dieses Jahres werden es 9,7 Milliarden DM sein.

Es kann als sicher gelten, daß die Bundespost mit der von Bundeskanzler Willy Brandt angekündigten neuen Unternehmensverfassung noch wirtschaftlicher, flexibler und kundennäher geführt werden könnte. Es kann als ebenso sicher gelten, daß die Regierung Brandt/Scheel sich nach dem 19. November erneut dieses Vorhabens annehmen wird.

(-/16.11, 1972/bgy/ex)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Nachgewiesen: Rainer C. Barzels Unwahrheiten

Der CDU-Vorsitzende Dr. Rainer C. Barzel hat in der dritten Fernsehdiskussion der Parteivorsitzenden am 15. November behauptet, daß der ehem. Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger in seinen Briefen an den DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph, als "Voraussetzung" für Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten Gespräche über den Schießbefehl gefordert habe. Diese Behauptung hat Bundeskanzler Willy Brandt sofort als Unwahrheit bezeichnet.

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht das Wortprotokoll der entsprechenden Passage der Fernsehdiskussion sowie die Briefe Kiesingers an Stoph.

Fernseh-Diskussion "Vier Tage vor der Wahl"

"Barzel: Und wenn Sie behaupten, Herr Kollege Brandt, daß der Bundeskanzler Kiesinger bei seinem Vorschlag an Herrn Stoph, innerdeutsche Gespräche zu führen, den Schießbefehl nicht enthalten hätten, ist dies nicht die Wahrheit. In dem Brief von Kiesinger an Stoph steht das natürlich drin, wie wir alle doch genau wissen.

Brandt: Als Voraussetzung ?

Barzel: Darüber müsse gesprochen werden als eine Voraussetzung der Normalisierung.

Brandt: Nein, von "Voraussetzung" steht überhaupt nichts drin !

Barzel: Natürlich !

Brandt: Haben Sie den Brief da ?

Barzel: Aber wenn Sie mich doch unterbrechen wollen, ich höre immer gerne zu.

Brandt: Nein, ich unterbreche nicht, ich sage nur, nicht, Sie sollten nicht jetzt vier Tage vor der Wahl noch weiter Unwahrheiten verbreiten - ist nicht in Ordnung."

Kiesinger-Brief an Willi Stoph vom 13. Juni 1967

"Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Ihren Brief vom 10. Mai 1967 habe ich erhalten. Leider geht er auf meine Regierungserklärung vom 12. April 1967 nicht ein; ich füge ihren Wortlaut bei. Sinn und Zweck dieser Erklärung ist: Solange grundlegende Mei-

nungsverschiedenheiten, eine gerechte Lösung der Deutschen Frage verhindern, muß im Interesse des Friedens unseres Volkes und der Entspannung in Europa nach innerdeutschen Regelungen gesucht werden, welche die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen den Deutschen in Ost und West soweit wie möglich fördern.

Sie hingegen sagen: Alles oder nichts ! Sie erheben Forderungen nach der politischen und völkerrechtlichen Anerkennung einer Spaltung Deutschlands, die dem Willen der Menschen in beiden Teilen unseres Vaterlandes widerspricht. Sie machen die Erfüllung dieser Ihrer Forderungen zur Voraussetzung von Gesprächen. Wollte ich wie Sie verfahren, so müßte ich eine unverzügliche, geheime und international kontrollierte Volksabstimmung fordern. In der gegenwärtigen Lage führt uns eine solche Konfrontation jedoch nicht weiter. Dagegen halte ich es für geboten, darüber zu sprechen, wie wir verhindern können, daß die Deutschen in der Zeit der erzwungenen Teilung sich menschlich auseinanderleben. Das darf um so weniger in einer Epoche geschehen, in der sogar lange verfeindete europäische Völker immer näher zusammenrücken ! Das Leben im geteilten Deutschland muß erträglicher werden. Es ist die Pflicht aller Verantwortlichen, nach besten Kräften dazu beizutragen.

Das Wohl unseres Volkes gebietet, die Spannungen in Deutschland nicht zu vermehren, sondern zu mindern. Mit unserer Rechtsauffassung, an der wir uneingeschränkt festhalten, beabsichtigen wir alles andere als die Bevormundung der Menschen im anderen Teil Deutschlands. Nur solange es diesen Menschen versagt bleibt, ihren Willen über das Schicksal unserer Nation zweifelsfrei zu bekunden, obliegt es der frei gewählten Bundesregierung, auch für sie zu sprechen.

Auch Sie bejahen die Verantwortung, unserem Volk den Frieden zu erhalten. Zu den zahlreichen Schritten, die die Bundesregierung zur Sicherung des Friedens unternommen hat, gehört unser förmlicher Verzicht auf Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Es gilt allgemein und duldet keine Ausnahme. Deshalb muß die Bundesregierung mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß auch im andern Teil Deutschlands auf die Anwendung von Gewalt verzichtet wird.

Sie fordern mich auf, von den "Realitäten" auszugehen. Die Realität, die Sie und ich anerkennen müssen, ist der Wille der Deutschen, ein Volk zu sein. Ich schlage deshalb vor, daß von Ihnen und von mir zu bestimmende Beauftragte ohne politische

Vorbedingungen Gespräche über solche praktischen Fragen des Zusammenlebens der Deutschen aufnehmen, wie sie in meiner Erklärung vom 12. April enthalten sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung! gez. Kiesinger"

Kiesinger Brief an Willi Steph vom 28. September 1967

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Ihren Brief vom 18. September 1967 habe ich erhalten und veröffentlicht.

Die Dinge, über die wir sprechen, gehen alle Deutschen an. Es wäre daher der Sache dienlich, wenn Sie diesen Brief und mein Schreiben vom 13. Juni 1967 der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands nicht vorenthalten würden. Nach unserer Überzeugung ist die deutsche Nation, deren Existenz ja auch Sie anerkennen, politisch mündig und soll sich selbst ein Urteil über unsere Standpunkte bilden. Polemik führt nicht weiter.

Der alleinige Souverän, das deutsche Volk, will nach unserer Überzeugung vereint in einem Staate leben. Dieser Wille der Nation bestimmt unser Handeln.

Das Recht der Selbstbestimmung ist unter den Völkern der Welt unbestritten. Der Tag wird kommen, an dem dies Recht auch dem deutschen Volk nicht mehr verweigert werden kann. Diese Lösung der deutschen Frage in Frieden und Gerechtigkeit anzubahnen, ist Pflicht aller Deutschen.

Auf dem Wege zur Wiedervereinigung könnte ein Programm von der Art, wie ich es bereits in meinen Vorschlägen vom 12. April und in einem Brief vom 13. Juni 1967 umrissen habe, gemeinsam entworfen und verwirklicht werden, um wenigstens die Not der Spaltung zu mildern und die Beziehungen der Deutschen in ihrem geteilten Vaterland zu erleichtern.

Die Bundesregierung ist bereit, im Interesse aller Deutschen, aber auch im Dienste der Entspannung und des Friedens in Verhandlungen über ein derartiges Programm einzutreten. Zu diesem Zweck steht der Staatssekretär des Bundeskanzleramtes jederzeit in Bonn oder Berlin zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung! gez. Kiesinger"
(-/17.11.1972/ks/ex)